

Berantwortliche

Redakteure.

für den politischen Theil:

G. Joulane,

für Feuilleton und Vermischtes:

A. Roediger,

für den übrigen redakt. Theil:

H. Schmiedehaus,

sämtlich in Posen.

Berantwortlich für den

Inseratentheil:

O. Knorr in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunziger

Jahrgang.

Mr. 39.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 16. Januar.

Amliches.

Berlin, 15. Januar. Der Kaiser hat dem ständigen Hilfsarbeiter im Ministerium für Elsaß-Lothringen, Regierungs-Rath Jacob, den Charakter als kaiserlicher Geheimer Regierungs-Rath verliehen; dem ständigen Hilfsarbeiter im Ministerium für Elsaß-Lothringen, Regierungs-Rath Leon, zum kaiserlichen Ministerial-Rath bei dieser Behörde, und den Staatsanwalt Städler zum kaiserlichen Regierungs-Rath in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt.

Der König hat den Regierungs-Assessor Ludwig Sasse in Montjoie und den Regierungs-Assessor Brüning in Grevenbroich zu Landräthen ernannt.

Der König hat den Ober-Steuer-Inspektor Günther in Celle, Trogisch in Posen, Holst in Schivelbein, Schmidt in Verden, Kollen in Duisburg und Schütte in Magdeburg, sowie dem Ober-Zoll-Inspektor Mellenthin in Billau den Charakter als Steuer-Rath und den Haupt-Zollamts-Rendanten Meyer in Aachen und Prejawa in Memel, sowie den Haupt-Steueramts-Rendanten Ritschel in Qels, Weller in Berlin, Lieber in Langensalza, Kreutzmann in Halle a. S. und Huck in Frankfurt a. M. den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen, und genehmigt, daß der Bureauvorsteher für das Rechnungswesen bei der Provinzial-Steuer-Direktion zu Posen, Bitton, anstatt des bisherigen Charakters als Kanzlei-Rath denjenigen als Rechnungs-Rath führe.

Dem Landrat Sasse ist das Landratsamt im Kreise Montjoie und dem Landrat Brüning das Landratsamt im Kreise Grevenbroich übertragen worden.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 15. Januar, 2 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung des von den Abg. Dr. Barth und Rickert eingebrochenen Gesetzentwurfs, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Wahlgesetzes.

Der Gesetzentwurf bestimmt im wesentlichen folgendes: Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein; der Wähler hat in einem amtlich abgestempelten, un durchsichtigen, überall gleichmäßigen Mischlag den Stimmzettel zu überreichen; der Name des Kandidaten ist außerhalb des Wahllokals handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung auf dem Stimmzettel anzubringen; der Wähler empfängt zunächst vom Wahlvorsteher den Umschlag und steckt sodann in einem unbeobachteten, mit dem Wahllokal in Verbindung stehenden Raum den Stimmzettel hinein, alsdann übergibt er ihn direkt dem Wahlvorsteher, welcher ihn in die Urne wirft. Außer dem Wähler darf niemand den Raum betreten; in dem Raum dürfen die Kandidaten Stimmzettel mit ihren Namen zur Benutzung auslegen, und der Wahlvorsteher ist dazu verpflichtet, wenn ihm 24 Stunden vorher Stimmzettel dazu über sandt werden.

Zur Begründung des Antrages führt

Abg. Rickert (dr.) aus: Wir haben, obwohl wir unter dem Gefühl der Lächerlichkeit stehen, wie ein sogenanntes nationalliberales Weltblatt behauptet hat, unseren Antrag eingebracht. Wir lassen uns diese Lächerlichkeit ganz gut gefallen und der Heiterkeitserfolg, den dieser Antrag vielleicht haben wird, ruft uns nicht. Wir sind der Meinung, daß der Reichstag allen Grund hat, den Antrag als ernst gemeint aufzufassen. Auch das würde mich in meiner Annahme nicht hindern, daß der „Reichs- und Staatsanzeiger“ die Neuflözung der „Kölner Zeitung“ in seinen Spalten zum Abdruck gebracht hat. Dieses Blatt steht in Bezug auf seinen politischen Theil auf einem Niveau, das kaum von irgend einem Winkeblatt erreicht wird. (Unruhe rechts.) Wo sich irgend eine alberne Neuflözung in einem Katellblatt findet, werden Sie das Vergnügen haben, sie demnächst in den Spalten des „Reichsanzeigers“ abgedruckt zu sehen. Ich möchte den Vizepräsidenten des Staatsministeriums fragen, ob er nicht einen Einfluß auf dieses Blatt hat. Wünschenswerth ist jedenfalls, daß eine Auswahl getroffen wird unter den zum Abdruck gebrachten Artikeln, und daß nicht gerade das abgedruckt wird, was auf der Höhe der Thorheit und Albernheit steht. (Oho! rechts.)

Die Vereinigung gegen diesen Antrag in einem Theil der Presse ist allerdings staunenswerth. Man hat gethan, als ob unser Vorschlag lächerlich und so undisputabel wäre, daß es sich für erste Männer nicht schicke, ihre Meinung darüber zu äußern. Aber ehrfürchtiger Weise hat die „Sächsische Zeitung“ wenige Tage nach ihrem Artikel gegen unseren Antrag in einem Briefe aus dem Auslande die Mittheilung gebracht, daß in England im Wesentlichen das bereits Gesetz ist, was wir in unsere Gesetzgebung einfügen wollen. Als ich mit einigen Kollegen eine engere Berathung hatte über die vorliegende Frage, da ging uns eine Reihe von speziellen Mittheilungen zu, aus denen wir erfahren haben, daß in der ganzen Kulturwelt gleichzeitig und vor uns diese Bestrebungen einen großen Raum einnehmen. Ich verweise auch auf ein mir vorliegendes jüngst erschienenes Buch über die geheime Abstimmung. Sie ersehen daraus, daß der Schutz des geheimen Wahlrechts fast überall besteht. In Amerika ist er fast mit denselben Worten eingefügt, wie wir es Ihnen vorschlagen, ebenso in Australien. Trotz allem wird unser Vorschlag in einer geradezu unglaublichen Manier von der sogenannten patriotischen Presse behandelt.

Wenn das allgemeine Wahlrecht zu einer Wahrheit in Deutschland werden soll, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Wähler mit der Abgabe des Stimmzettels nicht die Meinung der Herren Minister, der Landärzte, der Gendarmen und der Arbeitgeber, sondern ihre eigene Überzeugung fundieren. Ein solcher Schutz ist um so mehr notwendig, als die Kartellmajorität ihre Thätigkeit damit begonnen hat, daß die dreijährige Legislaturperiode in eine fünfjährige geändert ist. Man wollte möglichst viel die Einmischung der Wähler los werden. Das geheime Wahlrecht ist von Gefahren bedroht. Wir müssen uns in jedem Augenblick darauf

gefaßt machen, daß die einflußreichen Gegner desselben, wenn sie die Mandate in die Hände bekommen haben, ihre Absichten durchzuführen. Ich erinnere daran, daß 1883 der Vizepräsident des preußischen Ministeriums die geheime Wahl geradezu als eine Gefahr für das Vaterland und für die Krone bezeichnete. Das Geheimnis der Wahl führt in der letzten Konsequenz zur politischen Heuchelei. Es gab damals im Namen der preußischen Regierung die Erklärung ab, daß man alles daran setzen müsse, um das geheime Wahlrecht in Deutschland abzuschaffen. Auch von konservativer Seite wird die geheime Abstimmung in ihrer Konsequenz als Negation jeder Autorität und als Negation der Krone angesehen. Wir dagegen sind der Meinung, daß die Abhöfung der geheimen Stimmabgabe geradezu die Verstörung des allgemeinen direkten Wahlrechts wäre. Wir sind daher seit langen Jahren bemüht gewesen, das geheime Wahlrecht mit Garantien zu umgeben, damit alle Einflussungen, alle Schnüffeleien seitens der Beamten und Arbeitgeber unmöglich werden. Auch seitens der nationalliberalen Partei ist öfter der Versuch gemacht worden, die geheime Abstimmung mit einer Garantie zu umgeben. So beantragte 1869 der Abgeordnete Sombart, Couverts für die Stimmzettel einzuführen. Es wurde auch von nationalliberaler Seite angeregt, daß durch das Gesetz größere Urwahlbezirke eingerichtet würden, weil die kleineren eine Gefahr für das geheime Wahlrecht wären. Ich verweise hierbei auf Württemberg, wo bis 1883 in dem Landtagswahlgesetz die Bestimmung existierte, daß jeder Wähler in eigener Person den Wahlzettel in ein gestempeltes Couvert verschließen müsse. 1883 ist lediglich aus formalistischen Gründen diese Bestimmung abgeschafft worden, das hat dort aber die schwersten Nebenstände zur Folge gehabt — unter Anderem, daß die Stimmzettel für den bestimmten Kandidaten schon in der Druckerei mit einem Falz versehen wurden —, so daß im Jahre 1889 die Kammer eine Resolution auf Wiedereinführung der alten Maßregel annahm.

Allerdings helfen die Couverts allein nicht, es müssen Mittel geschaffen werden, dem Wähler Gelegenheit zu geben, ein paar Augenblicke allein und unbeachtet zu sein. Es gibt ein vollständiges System, die Wähler zu kontrollieren, namentlich auf dem Lande, vermittelst der Qualität des Papiers, der Größe der Stimmzettel oder durch die Gesetzmäßigkeit einzelner Wahlvorfälle, bei gewissen Wählern in den Wahlzettel mit dem Daumen einen Kniff zu machen, um daran die Stimmenabgabe zu erkennen. (Hört, hört! links). Bei der letzten Wahl hat das Zentralwahlkomitee in Saarbrücken ein Circular an die Vertrauensmänner gerichtet, in welchem es heißt, daß die Stimmzettel bis zum Wahltag für jedermann unsichtbar bleiben müssen, damit Form und Papier unbekannt bleibt und von keiner anderen Seite nachgemacht werden kann. (Hört, hört! links). Das ist der ungentigte Ausdruck eines Terrorismus, einer unerhörten, unverantwortlichen Methode, die Wahlfreiheit zu verhöhnen und die Achtung des Volkes vor dem Gesetz zu vernichten. Wir wünschten, daß die Sitte Platz greifen möge, alle Wahlzettel von derselben Form, demselben Papier und möglichst in derselben Druckerei drucken zu lassen. Einzelne Wahlkreise sind erfreulicher Weise darin vorangegangen. Ich fordere alle Parteien auf, eine gemeinsame Kundgebung an die Wahlkomitees in allen Wahlkreisen zu richten, daß die Wahlzettel sämtlich von dem gleichen Papier und in derselben Form gedruckt werden. (Zustimmung links und im Zentrum.) Können wir das etwa nicht? Das würde den Wählern Vertrauen einflößen, weil wenigstens die führenden Elemente darin einig sind, das Wahlgeheimnis und die Wahlfreiheit zu wahren. Ich bin bereit, einen solchen Aufruf vorzulegen und wenn Herr Windhorst und einige Herren vielleicht von rechts mir ihre Autorität geben wollen, würde das seine Wirkung nicht verfehlten. Der Reichstag muß alles thun, was die Verbitterung in den Klassen beseitigt.

In welcher Weise jetzt die Wähler kontrolliert werden können bei ihrem Gang von dem Tisch, wo die Wahlzettel verteilt werden, bis zum Wahllokal, hat die gestrige Verhandlung beleuchtet. Ahnliche traurige Vorgänge haben bei der Wahl des Abg. Haarmann stattgefunden. Ein gerichtliches Ereignis hierüber sah in diesen Vorkommissen bedauerliche Übergriffe, nicht nur die be treffenden, sondern die gesamten, dem Bergmannsstand angehörigen Wähler einzuschütern. Aber mit derartigen Gewaltmitteln können die Arbeiter doch nur auf eine kurze Dauer von ihrem Recht zurückgehalten werden, bis schließlich die Erbitterung so groß wird, daß sie sich unter allen Umständen von dem Druck und von Denjenigen, welche den Druck ausüben, befreien. Ahnliche Thaten liegen aus dem Bezirk Katowitz vor.

Es muß ein Mittel gefunden werden, welches es ermöglicht, den Wähler eine Zeit lang in einem Wahllokal oder einem Nebenlokal allein zu lassen. Man könnte einwenden, daß das zu viel Kosten macht. Der Reichstag hat aber Millionen ohne irgend welche Bedenken bewilligt. Er kann und muß eine verhältnismäßig geringfügige Summe bewilligen, wenn es sich um die Durchführung einer der wichtigsten geheimlichen Bestimmungen handelt, auf denen die Grundlage unseres gesammelten konstitutionellen Lebens beruht. Werden diese Garantien nicht geschaffen, dann ist die Verfassung nur ein Schein und das öffentliche Leben basirt auf Heuchelei, Trug und Gewalt. Von praktischen Schwierigkeiten kann keine Rede sein. In jedem Wahllokal läßt sich ein Verschlag, eine sogenannte Angstkammer (Heiterkeit) herrichten.

Wenn man nun sagt, es sei das Zeichen eines freien Mannes, öffentlich mit seiner Überzeugung hervorzu treten, so ist das geradezu ein Hohn, wenn man das einem Beamten sagt, der von seinen Vorgesetzten abhängig ist, der durch seine Abstimmung sich und seine Familie großer Gefahr aussetzt. Auch das Programm der nationalliberalen Partei enthält einen Passus, daß, so lange die Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit verkümmert sind, das geheime Stimmrecht notwendig ist. Das allgemeine Stimmrecht ist nur dann eine Gefahr, wenn es nicht frei ist, wenn es gehindert ist, zum Ausdruck zu kommen, denn dadurch wird Erbitterung und Aufregung in weite Kreise getragen.

Ich bin der Überzeugung, daß der Reichstag alles daran setzt, wird, das geheime Wahlrecht zu schützen. Er wird dann dazu beitragen, in allen Massen der Bevölkerung das Vertrauen zu festigen, daß die bürgerlichen Parteien doch ein Herz haben, für

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17,
fern bei Ost. Ad. Schles. Hofstie.,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Heckel, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei H. Chrystek,
in Meseritz bei H. Naithias,
in Wreschen bei J. Dadekow
u. b. d. Inserat-Mittnahmestellen
von H. L. Danke & Co.,
Haasestein & Vogler, Rudolf Rose
und „Invalidendank.“

Inserate, die sechsgesparte Petitzeile oder deren Raum in die Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

1890.

1890.

die Freiheit des allgemeinen gleichen Wahlrechts einzutreten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Struckmann (nl): In diesem Hause wird Niemand sitzen, der den Wunsch hätte, auf Grund eines gefälschten Wahlrechts sein Mandat erhalten zu haben. Das Wahlrecht muß in der That ein geheimes bleiben. Es fragt sich aber doch, ob bisher wirklich keine geheime Wahl bestanden hat, ob in der That die Wahlbeeinflussungen so groß gewesen sind, daß man so weitgehende Bestimmungen treffen muß. Bisher haben sich die meisten Anschuldigungen auf Verlehung des Wahlgeheimnisses als unrichtig erwiesen. Ich will jedoch zugeben, daß Missbräuche getrieben sind, wie die Herstellung feinfleischer Zettel und dergleichen, daß also das jetzige Verfahren die Möglichkeit einer Verlehung des Wahlgeheimnisses zuläßt, und daher sind meine Freunde auch bereit, in einer Erwägung darüber einzutreten, wie solche Missbräuche abgeschnitten werden. Prinzipiell also sind wir durchaus nicht gegen die Herren Antragsteller, aber wir verlangen eine genaue Prüfung der Frage, damit nicht etwa durch die Annahme des Antrages die Missstände, statt aufzuheben, noch schärfer hervortreten. Zu dem Zweck wird Kommissionsberathung unerlässlich sein.

Der vorliegende Antrag enthält viel zu viel formelle Einzelheiten, die nur zu leicht verlegt werden können, und bei denen eine Reihe von Zweifeln sich herausstellen würden. Zum Theil sind auch örtliche Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Auf dem Lande zum Beispiel würden passende Räume gar nicht zu bekommen sein, man müßte dort die Zimmer durch einen Vorhang abtheilen und das würde wieder Missbräuche zulassen. Die verlangte Prozedur ist zudem für diejenigen Fälle, in denen die Wähler sich auf einen Kandidaten geeinigt haben, eine überflüssige und schändliche Formalität, deren Innehaltung unendlichen Stoff zu Wahlprotesten geben würde. Das Hineinsticken der Stimmzettel in die Umschläge ist für unsere Arbeiter und Landleute keine so einfache Sache, wie Herr Rickert glaubt. Sie häufen Formen auf und quälen die Wähler mit diesem Antrage; wenn Sie etwas Gutes schaffen wollen, müssen Sie einen anderen Weg wählen.

Abg. Dr. Barth (dfr): Alle Schwierigkeiten, die man fürchtet, sind sehr geringfügig (Oho! bei den Nationalliberalen, sehr wahr! links). Alle diese Schwierigkeiten haben nicht abgehalten, daß eine ganze Anzahl von Kulturstäaten zum Theil genau so, wie wir es verlangen, diese Einrichtungen getroffen haben, Länder, die jedenfalls nicht höher in der Kultur stehen wie wir, z. B. die australischen Kolonien. Sie haben sich dort so vollständig bewährt, daß jedermann für lächerlich gehalten werden würde, der daran denkt, von solchen Schwierigkeiten zu reden. Auch in England ist seit 1872 ein Gesetz, welches genau in derselben Weise, nur mehr Nebenformalitäten, den Wahlgang regelt. (Burk: Kein allgemeines Wahlrecht!) Das dortige System ist aber bei nahe so gut, wie das allgemeine Wahlrecht. Auch in einer ganzen Reihe von amerikanischen Staaten besteht das von uns vorgeschlagene, und das Verfahren geht ausgezeichnet vor sich. In Massachusetts ist die Maßregel vor einem halben Jahre eingeführt worden, und alle Missbräuche, die vor dem Gesetz getrieben wurden, sind mit einem Schlag beseitigt worden. Das Gleiche ist der Fall in Connecticut. Wie gut die Maßregel sich bewährt, dafür spricht besser als alle Worte eine Notiz in einer angehenden Wochenzeitung, worin es heißt, daß es jetzt unmöglich sei, die Abgabe der Wahlzettel zu kontrollieren, und daß die Vortheile der Änderung reich und allgemein anerkannt sind. Belgien hat ähnliche Vorschriften und Norwegen hat seit Jahren genau dieselbe Maßregel. Steht denn das deutsche Volk so weit hinter den Engländern, Australiern, Norwegern, Amerikanern, Belgien zurück, daß ein System, welches dort seit einer Anzahl von Jahren ohne Schwierigkeit fungiert, bei uns in der That nicht durchführbar sein würde?

Mit Ihrer prinzipiellen Zustimmung haben Sie anerkennen wollen, daß ein Bedürfnis nach Sicherung der Wahlfreiheit vorliegt. Mit all Ihren Unreden aber wollen Sie nur verdecken, daß Sie das an und für sich Notwendige nur nicht wollen. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen, lebhafte Zustimmung links.) Solch wäre eine derartige Häufung formalistischer Gründe in einer Versammlung wie der Reichstag nicht möglich. Mindestens Herr Struckmann so an Formalitäten Anstoß, wie hat er denn übers Herz bringen können, das Invalidengebet anzunehmen, wo der Formalitäten eine unermittelbar größere Zahl sich findet? (Sehr richtig und Heiterkeit links.) So wichtig wie das Invalidengebet ist auch die Sicherung des Wahlrechts. — Es ist notwendig, daß der Reichstag etwas thut, um den Bestrebungen, das Wahlrecht der Wähler zu verkümmern, den Weg zu verlegen. Noch ist es Zeit, noch kann vor den Wahlen eine solche Neuflözung des Reichstags erfolgen, und alle formalistischen Einwände sind tatsächlich sehr unbedeutend. (Burk: Abgeschafft in Württemberg!) Da hat man ja den Vorschlag nicht gehabt, und gerade das ist maßgebend. (Abg. Rickert: Wird auch in Württemberg wieder eingeführt werden?)

Man wendet ein, der einzelne Wähler werde nicht geschickt genug sein, den Wahlzettel ins Kuvett zu stecken. (Heiterkeit links.) Ja wenn der deutsche Wähler einen solchen Grad von Stupidität hat, daß er nicht einmal weiß, einen Wahlzettel in ein Kuvett einzulegen, dann sind wir in Deutschland bei einem Zustand angekommen, daß man sich wundern muß, daß in Deutschland noch Menschen leben, die lesen und schreiben können. Ferner macht es nicht die geringste Schwierigkeit, in dem kleinsten Raum einen kleinen Verschlag anzubringen. Jedenfalls ist es keine Schwierigkeit von irgend welcher Bedeutung, daß man den Wählern zumutet, bevor sie den Wahlzettel abgeben, einen besonderen Raum zu betreten. Ferner, ebenso gut wie jemand sich in dem abgeschiedenen Raum festsetzen könnte, ist es möglich, daß ein betrunkener Mensch in das Wahllokal hineingehet, dem Wahlvorsteher das Tintenfass ins Gesicht wirft, u. dergl. Solch böswilligen Leuten kann man doch leicht begegnen. In anderen Ländern ist auch dieser Fall vorgesehen und durch Gesetz festgesetzt, daß der Wähler nicht länger als 5 Minuten in einem solchen Raum sich aufhält. An solchen Dingen wird das Gesetz nicht scheitern.

Gerade mit Rücksicht auf die Einwendungen des Herrn Struckmann werden Sie zugestehen müssen, daß sich die Angelegenheit zur weiteren Berathung sehr wohl eignet. Ich richte an Sie die

Bitte, sich nicht auf die Negation zu beschränken, sondern mit positiven Vorschlägen hervorzutreten. Wir wollen Ihre positiven Vorschläge sehr gern prüfen, und jedenfalls werden wir das mit einem größeren Wohlwollen thun, als Sie die unsrigen prüfen. (Beifall links.)

Abg. Müller (Rp.): Wir wollen ebenso wie die Freisinnigen das Geheimnis der Wahl gewahrt wissen und verwahren uns gegen jede agitatorische Ausbeutung der gegenwärtigen Unterstellung. Wir unterschätzen aber nicht, wie die Herren von der Gegenseite, die Schwierigkeiten, welche durch den Geheimzettel, besonders für den ländlichen Wähler im Osten, herbeigeführt werden. Dieser Wähler liebt vor allem die Bequemlichkeit des Wahlgeschäfts und erlaubt durch die Formalitäten in seinem Eifer, zu wählen. Ein abgediebener Raum, wie ihn der Antrag verlangt, ist in den Wahllokalen auf dem Lande absolut nicht vorhanden und auch nicht zu beschaffen. Schulhäuser und Schulzämter könnte man dann gar nicht mehr zur Wahl benutzen. Es ist sodann durchaus nicht unbegründet, daß die Stimmenzettel, wenn die Leute ohne Aufsicht über die Wahlzettel verfügen können, zum Theil verschwinden würden. Dafür habe ich erfahrungsmäßige Beweise.

Der Antrag ist geeignet, ein Misstrauen zu züchten, wo es noch nicht vorhanden ist. Zwischen Arbeiter und Brotherr besteht — wenigstens bei uns in Ostpreußen — noch so viel Vertrauen, daß man nicht nötig hat, den Arbeiter in eine Abstimmekammer zu stellen und ihn misstrauisch zu machen. Deshalb werden wir gegen den Antrag stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Cent.): Daz die Herren Struckmann und Müller, welche Parteien angehören, die in alter Zeit dominirend waren, in dem Antrage große Schwierigkeiten gefunden haben, begreife ich. Wir haben aber während des Kulturfampfes in allen Gegenden so bittere Erfahrungen gemacht in Bezug auf die Nicht-geheimhaltung des Stimmrechts und der daraus entspringenden Folge, daß wir jedes Mittel willkommen heißen, welches unsere Abstimmungen geheim hält. Ihnen sind noch keine Massenarbeiterentlassungen vorgekommen. Ihnen sind nicht alle Arten von Gefahren aus der Abstimmung erwachsen. Wir haben das alles in genügendem Maße erfahren. Ich bin prinzipiell für die öffentliche Abstimmung. (Hört, hört! rechts.) Zu meinem Bedauern aber habe ich hier in Berlin gelernt, daß das absolut unausführbar ist. (Schr richtig! links.) Wir müssen Garantien haben, daß die Abstimmung einmal kontrolliert werden kann. Ob alle Vorschläge des Antrags zutreffend sind, kann ich augenblicklich nicht beurtheilen. Auch in Belgien hat man gegen das Gesetz alle die Bedenken vorgeführt, die wir heute gehört haben. Jetzt ist man sehr zufrieden. Soll man in Deutschland so weit hinter Belgien zurück sein? Die Herren rechts scheinen das jetzige Verfahren für sehr konservativ zu halten; es können Zeiten kommen, wo sie selbst nach Garantien ihrer Wahlfreiheit suchen. Sie sollten deshalb die Anregung nicht ohne Weiteres zurückweisen. Sie sollten deshalb die Anregung nicht ohne Weiteres zurückweisen.

Eine Kommission einzusetzen, würde für die kommende Wahl nutzlos sein. Die heutige Debatte wird im Lande zeigen, wie man auch hier mehr Augenmerk auf die Geheimhaltung der Wahl richtet. Das wird nicht ohne Wirkung bleiben auf die Arbeiterkreise, eine Klage der Bergarbeiter war ja auch die, daß ihre Wahlen nicht geheim bleiben, sondern kontrolliert würden. Heute ist die Sache zur Erörterung gebracht, der nächste Reichstag wird sie entscheiden. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Hegel (kons.): Wenn die Herren von links so sehr für das geheime direkte Wahlrecht eintreten, warum führen sie es dann nicht in den größeren Städten, wo sie die Macht haben, für die Stadtverordnetenwahlen ein? (Schr wahr! rechts.) Auch wir leugnen durchaus nicht, daß Misbräuche bei den Wahlen möglich sind — ich erinnere nur an die Darstellung, daß das Septembert siebenjährige Dienstzeit bedeutet — (Lachen links) aber die bestehenden Einrichtungen reichen völlig aus, das Wahlgeheimnis so weit als nötig zu bewahren. Herr Abg. Meyer-Halle hat bei seiner

Wahl einen sehr einfachen Vorschlag gemacht: Die Arbeiter sollten in den ihnen übergebenen Wahlzetteln den Namen des Kandidaten ausstreichen und seinen darüber schreiben. Dann könnten sie nicht kontrolliert werden. Der Antrag ist demnach unmöglich und wir lehnen ihn ab. (Beifall rechts.)

Abg. Mundel (dfr.): Einem Erfolg hat der Antrag schon jetzt gehabt, nämlich die vollständige Zustimmung dazu, daß das Prinzip des Antrages gut und lobenswerth sei. Die Herren von der national-liberalen, freikonservativen und konservativen Partei drängen sich um unseren Antrag herum und sagen, daß sie ebenso Untheil wie wir an der Sicherung der Wahlfreiheit nehmen. Das ist ein schwärmwerther Gewinn. Wir gehen eigentlich nur in den Mitteln dazu ausseiner. Daß unser Antrag das Wahlrecht wissamer schützen würde, als es bisher der Fall ist, bezweifelt Niemand. Daß ein solider Schutz nötig ist, kann nach der gestrigen Debatte auch Niemand bezweifeln. Wahlbeeinflussungen sind nur denkbar, wenn ihre Wirkung hinterher kontrolliert werden kann. Ist die Kontrolle einer solchen Wirkung nicht mehr möglich, dann fällt die Beeinflussung von selbst fort. Gibt es ein System, welches eine absolute Geheimhaltung ermöglicht, dann wird die Zahl der Wahlproteste auch bedeutend geringer werden.

Daß der Antrag Misstrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter säen und das patriarchalische Verhältniß zerstören würde, ist nicht anzunehmen. Das patriarchalische Verhältniß wird nur dann zerstört werden, wenn der Arbeitgeber einen Zwang auf seinen Arbeiter bei der Wahl ausübt. An und für sich könnte man ja für Kommissionsberatung sein. Aber diese Kommission würde doch schwerlich ein nennenswertes Material erreichen können. Demnach wir bisher von nationalliberaler und konservativer Seite gehört haben, das deutet auf fruchtbare Ideen nicht hin. (Heiterkeit links.) Sie (rechts) stehen auf dem Standpunkt bloßer kritischer Erörterungen.

Daß unser Vorschlag ausführbar sein muß, unterliegt keinem Zweifel, daß einzelne technische Schwierigkeiten vorkommen können, gebe ich zu. Uns kommt es hauptsächlich auf die Tendenz unseres Vorschlags an, und diese geht dahin, daß jeder Wähler die Auswahl zwischen den Kandidaten trifft, daß er in dem Augenblick, wo er den Wahlzettel abgibt, unbeobachtet ist, das herzustellen, ist immer möglich. Man muß zugeben, daß der Unzug mit dem Stimmenzettel ungehörig ist. Nach der gestrigen Debatte sollten zwar ungehörige Dinge erlaubt sein (Heiterkeit links); wir wollen aber, daß sie auch erlaubt, und am liebsten auch, daß sie strafbar sind. Wir haben ja beim Sozialistengesetz gehörte, man müsse den Menschen in väterlicher Weise hindern, zu sündigen. Das wollen wir jetzt auch thun. Bei gutem Willen ist der Antrag sehr wohl möglich. Unsere Redaktion desselben ist ja nicht unantastbar. Sind wir aber einig im Prinzip, dann werden wir schon bis zur nächsten Wahl etwas Durchführbares zu Stande bringen. (Beifall links.)

Abg. Singer (Soz.): Wir stimmen selbstverständlich jeder Maßregel zur besseren Geheimhaltung der Wahl zu, glauben aber nicht, daß dieser Reichstag sich zu einer solchen Maßregel entschließen wird. Er möchte ja dann mit sich selbst aufräumen wollen. Denn nur durch Wahlbeeinflussung und durch Verleihung des Wahlgeheimnisses ist er zu Stande gekommen. Alle formalen Bedenken wollen lediglich verhindern, daß der Antrag Gejagt wird. Herr Müller hat das Bestreben seiner Partei hervorgehoben, die Wahlfreiheit zu sichern, aber gerade bei der Wahl des Herrn von Stumm sind die Arbeiter in stärkster Weise kontrolliert worden. Auch in Ostpreußen wird eine Kontrolle der Arbeitgeber ausgeübt, und gerade der gerührte patriarchalische Zustand wird von den Leuten als eine Last empfunden, die je eher je lieber abgeschüttelt ist. Aber sie wagen nicht, eine andere Meinung, als ihr Brotherr will, zum Ausdruck zu bringen, weil sie dann brotlos werden. Wir werden für den Antrag und für die zweite Beratung stimmen, fürchten aber, daß er selbst im Falle der Annahme durch den Reichstag an der tiefen Ablehnung der Regierung scheitern wird.

Verstreute Perlen.

Novelle von J. von Kampff-Essen ther.

(Nachdruck verboten.)

Sie hatten sich in das Unglück gefunden und wenig fehlte, so hätten sie es lieb gewonnen. Es hatte sie nur enger mit einander verbunden und die kleine, beschränkte Häuslichkeit war ihnen werth geworden.

Als Heinrich nach dem Tode seines Onkels das ausgedehnte Engros-Geschäft desselben übernahm, wurde ihm klar, daß dasselbe auf schwankender Grundlage stand. Der Onkel hatte sich in einige gewagte Spekulationen eingelassen und dabei Unglück gehabt. Heinrich setzte in loyaler Weise seinen künftigen Schwiegervater davon in Kenntnis und obgleich dieser nicht übel Lust hatte, die Verlobung seiner Tochter rügtig zu machen, so ließ doch Stefanie nicht von dem Mann ihrer Liebe. Gern wollte sie die Armut, die ihnen möglicherweise drohte, mit ihm theilen. Heinrich aber hoffte durch Fleiß, Umicht und Sparsamkeit das drohende Unheil abzuwenden und man ließ das junge Paar heirathen.

Drei Jahre behauptete er tapfer seinen Posten, da traf ihn durch den unvorhergesehenen Bankrott eines befreundeten Hauses ein Schlag, dem er nicht gewachsen war. Er mußte den Konkurs anmelden und das Gericht erkannte, daß derselbe unverschuldet sei.

Obgleich man die Katastrophe erwartet hatte, war sie doch noch immer schrecklich genug. Alles brach, Alles stürzte — Auflösung und Zerfall überall — die Möbel, die ersten Schmuckgegenstände — Alles unter Siegel, verpfändet, schließlich verkauft. So schuldlos Heinrich war, es fehlte nicht an Vorwürfen seiner Frau, die durch ihn zu Schaden gekommen.

Nun aber war dies Alles vorbei. Heinrich hatte sich ehrlich mit seinen Gläubigern verglichen und sogar einen Rest seiner Waarenvorräthe gerettet. Es fehlte ihm nur an einem Kredit, um neu zu beginnen. Und er hoffte täglich, sich diesen Kredit zu verschaffen. Sie hatten inzwischen eine kleine Wohnung in einem billigen Arbeiterviertel bezogen, die mit jenen Resten ihres Mobiliars ausgestattet war, welche den Gläubigern zu geringfügig gewesen, z. B. der Mädchenstube, des Comptoirs und kleiner Nebträume.

Dafür wetteiferten Heinrich und Stefanie, einander durch verdoppelte Zärtlichkeit die Dürftigkeit ihres Heims vergegen zu machen; ihre beiden kleinen waren gefund und so glaubten sie denn an eine bessere Zukunft — vorläufig allerdings ohne Grund, denn Heinrich hatte den ersehnten Kredit noch immer nicht gefunden.

Wenigstens hat die Debatte die Lage geklärt und einen Erfolg auch dahin gehabt, daß die Konservativen nicht gewagt haben, ihre bekannte Auffassung über das geheime direkte Wahlrecht zum Ausdruck zu bringen. Vielleicht nehmen vor allem die Großindustriellen Veranlassung, jetzt die freie Wahl zu respektieren. (Beifall links.)

Abg. v. Koscielski (Pole): Wir haben für den Antrag große Sympathie und befürworten denselben durchaus, namentlich da wir Polen mit den Wahlpraktiken sehr schlimme Erfahrungen gemacht haben.

Damit schließt die Diskussion.

In seinem Schlussswort bemerkte

Abg. Rickert: Ich sehe es für ein erfreuliches Omen für unseren Antrag an, daß Herr Minister v. Bötticher der Sitzung bis jetzt beigewohnt hat, obwohl es sich um einen freisinnigen Initiativvorschlag handelt. (Heiterkeit links.) Wenn Herr Hegel uns auffordert, für Einführung der geheimen Wahl in den Städten zu sorgen, dann vergißt er, daß die freisinnige Partei das immer gewollt hat. Als Graf Eulenburg in der Städteordnung die geheime Abstimmung einführen wollte, haben wir ihn unterstützt, aber keinen Erfolg gehabt.

Heute sind wieder in voller Klarheit die beiden Grundanschauungen hervorgetreten, welche liberal und konservativ seit Decennien trennen, Freiheit der Wahlen auf der einen, Autorität auf der anderen Seite. Unser Antrag wird nicht verschwinden, wir oder unsere Nachfolger werden ihn wieder bringen. Auf Wiedersehen im nächsten Reichstag. (Beifall links.)

Da ein Antrag auf Kommissionsberatung nicht gestellt ist, wird der Antrag Rickert demnächst unmittelbar im Plenum zur zweiten Lesung kommen.

Der Antrag Rickert betrifft die Abänderung der Militär-Strafgerichtsordnung wird mit einem redaktionellen Amendment klemmt in dritter Lesung angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 1 Uhr (Rest des Etats).
Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar, 2½ Uhr.

Herzog v. Ratibor: Nach § 1 der Geschäftsvorordnung übernehme ich den Voritz und ersuche die Herren, unsere Arbeit zu eröffnen, indem ich Sie bitte, denselben die Weihe zu geben durch ein Hoch auf Seine Majestät unsern Allergnädigsten Kaiser und König. Er lebe hoch! (Das Haus stimmt dreimal in den Hochruf ein.)

Der Präsident beruft zu provvisorischen Schriftführern die Herren v. Neumann, v. Schöning, Theune, von Wedebach.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 93 Mitgliedern, das Haus ist also beschlußfähig.

Es folgt die Wahl des Präsidenten. Auf Antrag des Herrn v. Kleist-Retzow wird das bisherige Präsidium, bestehend aus den Herren Herzog v. Ratibor, v. Rochow und Oberbürgermeister Dr. Miquel, wiedergewählt.

Ebenso werden auch die bisherigen Schriftführer wieder gewählt, also die Herren Dieck, v. Neumann, v. d. Osten, v. Reinhold, v. Schöning, Theune, v. Mellethin, Graf v. Biezen-Schwerin. Zu diesen ernenkt der Präsident die Herren v. Dohlschläger und Böie.

Präsident Herzog von Ratibor: M. H.! Bevor wir in unseren Geschäften fortfahren, erlauben Sie mir, eines Ereignisses zu gedenken, welches Seine Majestät den Kaiser und König (das Haus erhebt sich), das ganze königliche Haus und das ganze Land

kleinen Episoden, welche sie vorgebracht hatte, ins Lächerliche zog.

Sie gingen zu Tische und jeder von ihnen bemühte sich tapfer, den eigenen Kummer vor dem Anderen zu verbergen. Das Essen war sehr einfach; aber Stefanie gab sich alle erdenkliche Mühe, es möglichst schmackhaft herzustellen; die Kinder plauderten dazwischen und die allgemeine Stimmung hob sich wirklich.

Da schellte es draußen. Stefanie ging selbst, um die Thür zu öffnen, denn sie hielt sich kein Dienstmädchen, nur eine Aufwärterin. Eine Frau stand draußen, in einem schönen dunklen Plüschtäschchen und einem modernen Hut; dennoch sah sie nicht wie eine Dame aus. Stefanie erschien das breite, rothe Gesicht bekannt, aber sie wußte doch nicht gleich, wo es hingehen.

"Gi — Madamchen," sagte die Fremde, Sie kennen mich wohl nicht?"

"Ich muß gestehen," entschuldigte sich Stefanie.

"Gi, ich bin ja die Lene!"

"Ach wirklich — Sie sind es Lene — aber so darf ich wohl nicht mehr sagen? Wie hieß doch gleich ihr Mann? Bohneke? Also, Frau — Frau Bohneke! Treten Sie doch gleich näher!"

Lene hatte noch bei Stefanies Eltern zwei oder drei Jahre zur allgemeinen Zufriedenheit gedient und viel Anhänglichkeit an das Haus verrathen. Dann verheirathete sie sich und man hörte nichts mehr von ihr. Da kam nun die gute Person zu Besuch, wahrscheinlich um ihre Theilnahme zu bezeigen. Ihr ging es offenbar gut und es mochte ihr Vergnügen bereiten, mit der früheren Herrschaft, so zu sagen, auf dem Fuße der Gleichheit zu verkehren.

Stefanie hatte den Besuch ins Zimmer geführt und Heinrich die erforderlichen Aufklärungen gegeben, denn er erkannte Lene nicht, obgleich er damals schon im Hause verkehrte.

"Und Ihnen geht es gut, Frau Bohneke?" fragte Stefanie, nachdem sich die Frau eine Weile mit den "niedlichen Kinderchen" beschäftigt hatte.

"Ja, Gott sei Dank! Mein Mann betreibt es fast fabrikmäßig — er ist Schuster, wie Madame vielleicht noch wissen; er macht auch eine Erbschaft und wir wohnen im eigenen Hause in der Rosenthalerstraße . . ." Die Frau schien übrigens recht verlegen; sie saß mit hilflosem Grinsen auf ihrem Stuhle "und, daß ich's nur erzähle — mein Mann kommt neulich nach Hause und sagt mir, das Lokal von Herrn Heinrich Melzer stehe leer und wäre zu vermieten . . ."

"Mein Gott, da ist doch nichts geschehen," schreie ich, "man

in tiefe Trauer versetzt hat und auch weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus die schmerzlichsten Eindrücke gemacht hat. Ihre Majestät die Kaiserin und Königin Augusta ist ihrem ewigen Gemahl, dem großen Heldenkaiser, mit dem für Sorgen und Ehre getheilt, und mit dem sie über ein halbes Jahrhundert zusammen gelebt hat und vereint war, im Tode nachgefolgt. M. H., das Herrenhaus, dessen Mitglieder meist einem vorgeschrittenen Alter angehören, hat vor allen anderen den Vorzug, eine größere Fülle schönster Erinnerungen an die hohe Beweigte zu bewahren, längere Zeit als andere Zeugen der Verhaftigung der bewundernswerten Eigenarten der Verbliebenen gewesen zu sein. Es ist daher auch in der Lage, die Verdienste voll und ganz zu würdigen, welche die hohe Verstorbene durch ihre Einwirkungen und Anregungen auf allen Gebieten, besonders auf dem Gebiet der Kunst und Wissenschaft, der Armen- und Krankenpflege in einem langen Leben erworben hat. Diese Verdienste werden bei allen denen unvergessen bleiben, welchen sie Schutz und Beistand gewährt hat, und welche sie durch ihren Pflichtleiter zur Ausdauer angeregt hat. Bei dem Roten Kreuz, bei dem Frauenverein, bei allen Institutionen, die ihren Namen tragen, wird ihr Andenken für alle Zeiten gesegnet bleiben.

Ich darf annehmen, daß das Haus das Bedürfnis fühlen wird. Sr. Majestät unserem Allergrädigsten Kaiser und König das tiefste Beileid des Hauses auszusprechen, und ich erlaube mir deshalb, das Präsidium damit zu beauftragen.

Das Haus erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Geschäftliche Mittheilungen.)

Schluß 2^{1/4} Uhr.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar, 1 Uhr 10 Min.

Präsident v. Höller: M. H.! Nach unserer Geschäftsortnung fällt mir die Aufgabe zu, die Geschäfte des Hauses so lange zu führen, bis die Präsidentenwahl erfolgt ist. Demgemäß übernehme ich hiermit den Vorstand, eröffne die Sitzung und fordere Sie auf, wie immer bei Beginn unserer Geschäfte, so auch heute zuerst der treuen und ehrfurchtsvollen Ergebenheit gegen unsern König und Herrn Ausdruck zu geben, von welcher dieses Haus alle Zeit erfüllt ist, und in den Ruf einzustimmen: Se. Majestät der Kaiser und König lebe hoch! (Die Mitglieder stimmen dreimal in den Ruf ein.)

Wir treten unter dem schmerzlichen Eindruck des herben Verlustes zusammen, welcher Se. Maj. den Kaiser und König und das ganze königliche Haus und unser Vaterland von neuem betroffen hat. Ihre Majestät die Kaiserin und Königin Augusta ist ihrem ruhmreichen Gemahl, dem großen Kaiser Wilhelm I., in die Ewigkeit gefolgt. Gewöhnlt, Freude und Leid mit dem königlichen Haus zu teilen, betrautet das preußische Volk den Hingang einer Königin, deren ganzes Leben der Erfüllung der Pflicht und den Werken der Barmherzigkeit, wie der Nächstenliebe gewidmet war, deren nie rastende Thätigkeit für die Leiden der Menschheit unzählige Thränen getrocknet hat, und weder durch Krankheit, noch durch Alter, noch durch körperliche Gebrechen gehemmt wurde. Dankbarem Herzens wird das Volk das Andenken an die erhabene Frau bewahren.

Sie aber, meine Herren, werden das Verlangen haben, von der herzlichen Theilnahme, die das Land erfüllt, Sr. Majestät dem Kaiser und König ehrfurchtsvollen Ausdruck zu geben und werden, wie ich annehme, das Präsidium beauftragen, dies auf geeignete Weise zu thun.

Das Haus stimmt die em Vorschlag zu.

Angemeldet sind 290 Mitglieder, das Haus ist somit beschlussfähig.

Zu provisorischen Schriftführern werden berufen die Abge. Imwalle, Böh, Dr. Mithoff, Bopelius.

Die Verlösung der Abtheilungen wird nach Schluß der Sitzung durch das Bureau vorgenommen werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Wahl der Präsidenten und Schriftführer, Entgegennahme von Vorlagen der Regierung.)

Schluß 1^{1/4} Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 15. Januar. Einige große und besondere Aufgaben, welche dem neu zu wählenden Reichstage obliegen werden, lassen sich schon jetzt andeuten und hinsichtlich ihrer Wichtigkeit betonen. Dass der neue Reichstag vielleicht erst über den Fortbestand und die zukünftige Gestaltung des Sozialisten Gesetzes zu beschließen haben wird, ist schon mehrfach hervorgehoben und sei nur kurz nochmals erwähnt. Der nächste Reichstag hat aber auch über die Septembetsfrage abermals zu entscheiden, da der Ablauf des bestehenden Militärseptembets in die Legislaturperiode des neuen deutschen Parlaments fällt. Ohne die Verfassungsänderung, durch welche die Legislaturperiode von drei Jahren auf fünf Jahre verlängert worden ist, würde dies nicht der Fall sein. Die „Nat.-Ztg.“ erinnert wieder an das Septembat, um die Wähler mit derselben Frage an die Wahlurne treten zu lassen, welche 1887 stark im Vordergrunde der Wahlerörterung stand. Indes dürfte die Ansicht, dass diese Frage auch jetzt noch eine packende Kraft haben würde, dass sie die anderen, die eigentlich regelmäßigen politischen Fragen zurückdrängen könne, nicht grade zahlreiche Anhänger finden. Uebrigens, von welchem Werth auch eine Wahlparole ist, so wird doch in den gegenwärtig so zahlreichen Erörterungen über die diesmalige Wahlperiode vielfach übersehen (oder man giebt sich den Anschein, es zu übersehen), dass eine Wahlparole, wo sie sich nicht aus der äußeren oder inneren Lage zwingend ergibt, lediglich ein Mittel zur Beeinflussung des minder selbständigen Theiles der Wähler ist. Besteht in einer grundlegend wichtigen Frage ein scharfer Gegensatz, kann dieser Gegensatz seiner Natur nach nicht überbrückt werden, oder wird ein an sich denkbares Kompromiss von beiden Seiten abgelehnt, dann mag man diesem Gebiete des Streites auch die Kampfparole entnehmen. Aber in gewöhnlichen Zeiten sollten die regelmäßigen Aufgaben, sollte die Stellung der Parteien zu den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Fragen entscheidend sein und die Wähler müssten die verschiedenen Mandatsbewerber daraufhin betrachten, ob sie der Ansicht der Wähler auf den verschiedensten Gebieten näher oder ferner stehen. Der Wahlparole wird jetzt eine Bedeutung zugeschrieben, welche vielmehr dem Parteiprogramm zukommt. Möglich trotzdem, dass gerade die diesmalige Wahlbewegung sich mehr als die meisten früheren mit den Allgemeinen politischen Fragen beschäftigen wird, ohne eine bestimmte Frage ungebührlich herauszuheben. So kommt dem Septembat eine bestimmte, aber doch eine mögliche Bedeutung zu im Verhältnis zu den übrigen Aufgaben des neuen

Reichstags. Als eine der bedeutendsten unter diesen dürfte sich die Berathung und Beschlusung über das neue bürgerliche Gesetzbuch darstellen, mit welcher sich ja allem Anschein nach der künftige Reichstag zu beschäftigen haben wird. Man hat gegen den Entwurf den zum Theil wenigstens berechtigten Einwand geltend gemacht, dass er nicht überall der Aussöhnung der unsre Zeit durchzitternden wirtschaftlichen Gegenfänge diene. Dies ist ein Grund für die möglichst sorgfältige Berathung des Entwurfs im Reichstage; er berechtigt zu dem Wunsche, dass zu den angefochtenen Sätzen und Theilen Abänderungen, Gegenvorschläge erfolgen werden. Aber er rechtfertigt nicht die Vertagung des Werkes. Denn nicht bloß hat der Vorstand des deutschen Anwaltvereins Recht mit dem Urtheil: „Wir leben in einer Zeit unausgeglichener wirtschaftlicher Gegenfänge, deren Ausgleichung lange Zeit erfordert; bis dahin, dass solche eintritt, mit der Herstellung eines einheitlichen bürgerlichen Rechts zu warten, widerstreitet den Lebensinteressen des deutschen Volkes“ sondern man wird uns auch wohl schwerlich bestreiten, dass allem Anschein nach die Zukunft noch weit grössere wirtschaftliche Klassenkämpfe als die heutigen in ihrem Schoze trägt, dass die Zeit der ausgeglichenen sozialen Gegenfänge für unser Auge unabschbar ist. Den vollen inneren Frieden, namentlich den wirtschaftlichen, schafft uns keine noch so unsichtige juristische Kodifikation, keine noch so weise politische Körperhaft, vielmehr giebt für beide die ökonomische Struktur der ewig in Klassen gespaltenen, im Kampf ihrer Bestandtheile befindlichen Gesellschaft die Grundlage ab.

— Der Kaiser empfing vorgestern Nachmittag den portugiesischen Generaladjutanten de Souza Folque, welcher aus Anlass des Ablebens der Kaiserin Augusta dem Kaiser ein eigenhändiges Beileidschreiben seines Souveräns überreichte; gleichzeitig wurde auch der portugiesische Kapitän des Generalstabes Martino de Carvalho empfangen. Darauf erfolgte auch der Empfang Beider durch die Kaiserin. Um 7 Uhr fand Familientafel statt. Gestern Vormittag nahm der Kaiser Verträge entgegen. Zu Ehren der königlich portugiesischen Abgesandten wird heute Nachmittag im Gardes du Corps-Saal ein Mittagsmahl gegeben.

— Die Kaiserin erhielt vorgestern Vormittag dem Reichstagspräsidium Audienz und nahm aus dem Munde des Herrn v. Levezow die Beileidsbezeugung des Reichstags um den Heingang der Kaiserin Augusta entgegen.

— Nach Meldungen aus Anhalt war die Herzogin in den letzten Tagen an der Influenza schwer erkrankt. Der Oberhofprediger, Generalsuperintendent Teichmüller, hatte ihr am Sonntag das Abendmahl gereicht, und die Herzogin sah ihrem Hinscheiden entgegen, als plötzlich eine Besserung eintrat, die auch nach den neuesten Meldungen sich als dauernd erweist.

— Der Abgeordnete von Stumm war nach einer Meldung der „Magdeburg-Ztg.“ in diesen Tagen in Friedrichsruh beim Fürsten Bismarck zu Besuch.

muntelte schon bei Lebzeiten des alten Herrn — ich bitte Dich, Wilhelm, erkundige Dich...“ und ich ließ nicht locker, bis er sich erkundigte, und zwar sehr genau — Sie entschuldigen schon, Herr Melzer — es hat auch seinen guten Zweck! Nämlich — aber nehmen Sie's nicht übel — Herr und Frau Melzer — die Sache verhält sich so: Mein Mann ist ja jetzt, Gott sei Dank, recht angesehen und da haben Sie ihn in den Vorstand des Vorschussvereins gewählt... Da ist nun auch ein Paragraph für ehrenhafte unverschuldete Kridatoren, wenn sich aus dem Verein Bürgen für einen solchen stellen. Und da meinte ich, wenn Sie's nicht übel nehmen, Herr Melzer, Sie könnten vielleicht einen Vorschuss dringend brauchen. Wenn nicht, nun dann um so besser. Aber, wenn ja — so würde mein Mann für Sie bürgen und den zweiten Bürgen würde er auch bekommen — das ist dann eine Kleinigkeit. Und darum bin ich gekommen, Herr und Frau Melzer, es ist gut gemeint — Seien Sie nur nicht böse!

Heinrich und Stefanie hatten einen stummen Blick gewechselt.

„Liebe Frau Bohnke“, sagte der Erstere ganz roth, „ich kann nicht leugnen, dass Ihr Vorschlag mir sehr willkommen ist, aber ich bin beschämt davon, denn ich weiß nicht, wie ich dazu komme. Ich kenne Ihren Mann nicht und kann mir gar nicht vorstellen, wie Sie darauf kommen, mir unaufgefordert solchen großen Dienst zu leisten.“

„Ei — ich bin immer sehr anhänglich gewesen an Fr. Stefanie und sie war auch immer gar zu nett gegen mich.“

„Meine liebe Lene“, nahm Stefanie das Wort, „ich glaube allerdings immer eine milde Herrin gewesen zu sein, aber ich habe mir doch keineswegs ein besonderes Verdienst erworben. Was Sie in unserem Hause empfangen haben, war redlich verdient. Es war nicht mehr, als andere Mädchen empfingen und von diesen hat keine eine so außergewöhnliche Dankbarkeit gezeigt. Ich muss daher in die Frage meines Mannes einstimmen: Was bewegte Sie dazu?“

„Es ist wirklich nur, Fräulein Stefanie — nee doch! — Frau Melzer, weil Sie so nett mit mir waren und einmal so ganz besonders nett!“

„Nun, wann war das?“

„Ich kann es Ihnen ja erzählen — warum denn nicht? Zwar, keinem Andern könnte ichs sagen — aber Ihnen, Fräulein Stefanie!“

Stefanie lächelte. „Hätte ich nur eine Ahnung, was das werden kann!“

„Also Madamchen, es war so. Ich war einige Wochen bei Ihren Eltern im Dienst, nachdem ich eine Zeit lang ohne Stelle gewesen war. Das war aber wohl meine Schuld gewesen, denn ich hatte viel zu viel gewählt, trug die Rasse zu

hoch und das kam mir ja damals garnicht zu! — Mein Bräutigam war schon böse mit mir — er war ein sehr ordentlicher Mensch, mein Wilhelm. „Nun hast Du Deine Paar Groschen Spargeld zugesetzt statt, dass es hätte mehr werden sollen, und das ist eine Schlechtigkeit, die Du an mir begehst, Lene, denn damit müssen wir doch einmal anfangen!“ So sagte er. Mich ärgerte das hauptsächlich darum, weil er Recht hatte. Zudem war sein Geburtstag vor der Thür — am 27. März, wo ich noch keinen Lohn hatte und ich konnte ihm nicht einmal ein ordentliches Geschenk kaufen. Voraus mochte ich mir nichts geben lassen und doch machte mir die Sache viel Kummer und Sorge; mir hatte der Wilhelm doch erst zu Weihnachten solch einen schönen Ring geschenkt! Da — es wird vielleicht den 23. oder 24. gewesen sein — da schüttete ich einmal den Porzellans-Gimer aus, der in der Waschtoilette stand, und da höre ich's auf dem Grunde klappern. Was finde ich? Einen schönen Ring mit einem dunkelblauen Stein und Perlen ringsherum. Ein reizender Ring. Der Herr musste ihn unversehens in der Waschschüssel abgestreift haben. Gesagt hatte Niemand ein Wort, dass der Ring fehlte. Und wenn ich ihn nicht bemerke und mit dem trüben Seifenwasser ausschütte? Weg ist er und ich habe keine Ahnung davon! „So gehen die Herrschaften mit ihren Sachen um,“ dachte ich, und dann: „Das wäre so ein Geburtstagsgeschenk für Wilhelm.“ „Und warum nicht? Ich hab' den Ring gefunden — nicht weggenommen — wäre denn das gar so schlimm? Ich steckte den Ring in die Kleidertasche und stand da, wie von Stein. Wenn ich Wilhelm den Ring schenke, so sieht er, dass ich für ihn gespart habe, und er muss klein beigegeben — das wäre zu schön! Genug, es verlockte mich und schreckte mich zugleich, denn ich war ja immer ein ehrliches Mädchen gewesen. Zehnmal war ich im Begriff, den Ring auf die Waschtoilette zu legen und brachte es doch nicht über mich. Da trat die Frau herein, um sich zu frisieren; ich konnte ihn unbeachtet nicht mehr hinlegen und ich behielt ihn. Aber mir war elend dabei zu Muthe; ich konnte keinen Bissen herunterbringen. Im Speisezimmer bei Tische sagt der Herr auf einmal: „Lene, Sie müssen doch meinen Ring gefunden haben! Ich weiß nicht, wo ich ihn heute Morgen in der Schlafstube hingelegt habe.“ Ich stotterte: „Nein, Herr Friedemann — ich habe Nichts gefunden!“ Er sieht mich scharf an und sagt: „Ich glaube mich bestimmt zu erinnern, dass ich den Ring im Schlafzimmer noch hatte und dann nicht mehr.“ Mir stürzen die Thränen aus den Augen und die Gläser, die ich auf dem Brett trage, klirren. Da sagte Fräulein Stefanie mitleidig: „Du wirst den Ring gewiss noch finden! Du siehst doch, Lene weiß Nichts davon!“ Und sie sahen mich so gütig an aus Ihren blauen Augen, Madame, und Ihre Worte wirkten auch auf den Herrn, denn er sagte:

„Nanu, Lene — es war wirklich nicht so schlimm gemeint!“ Da gings mir durchs Innerste — Ich kann nicht sagen, wie! Sobald ich nur entkommen konnte, lief ich in die Schlafstube und steckte den Ring in des Herrn Schlafrocktasche. Da fand er ihn am nächsten Morgen und sagte arglos: „Da hab ich den Ring, als ich ihn zum Waschen abzog, in Gedanken in die Tasche gesteckt. Bin ich doch zerstreut!“

„Ich aber war so froh, so leichten Muthes, als wäre ich einer furchtbaren Gefahr entronnen. Mein Wilhelm freilich erhielt mir eine unechte Schlippsnadel zum Geburtstage und er genierte sich auch nicht, mir deshalb eine Strafrede zu halten. Aber ich hörte sie diesmal ruhig an — ich war so froh, dass ich ehrlich geblieben war! — Zu danken aber hatte ich das nur Ihnen, Fräulein Stefanie; weil Sie sich meiner so liebenvoll angenommen hatten, fühlte ich mich beschämt und ging in mich. Sie waren mein rettender Engel. Ja! Und denken Sie, wie ich da einmal in meine Kleidertasche fasse, spüre ich ein hartes Körnchen darin — es war eine der kleinen Perlen aus der Fassung des Ringes. Anfangs wollte ich das Ding wegwerfen, voll Schrecken, denn sie konnte mich verrathen, dann aber befann ich mich. Nein, ich wollte die Perle gerade verwahren zum Andenken an jene Stunde der Versuchung. Und heute, als ich meinem Wilhelm die Geschichte erzählte, zeigte ich ihm die kleine Perle — er war ordentlich gerührt.

„Wenn Du den Ring behalten hättest, wärst Du ja doch für mich verloren gewesen, Lene, denn ich hätte errathen, dass das nicht mit rechten Dingen zugegangen und ich bin darum dem Fräulein Stefanie ebenso dankbar wie Du!“ — Und darum bin ich hergekommen, Herr und Frau Melzer, und wir bitten Beide, mein Mann und ich, unser Anerbieten anzunehmen — es kommt aus zwei ehrlichen, dankbaren Herzen... Und da ist auch die Perle!“ Frau Bohnke legte das kleine, silberglänzende Körnchen mit scheuer Geberde auf den Tisch. — Da lag die winzige, einst verstreute Perle, die allein wieder kam, während der Ring, dem sie angehörte, dem Rachen des Konkurses verfallen war.

Heinrich nahm das Anerbieten Bohnekes an und die kleine, kaum vermischte, lang vergessene, so unvermutet wiedergefunden Perle brachte ihm wirklich Glück.

„Die Perle“, sagte Heinrich, „die Du einst achtlos ausstreust und die uns jetzt Segen bringt, war aber doch eigentlich Deine Güte gegen das arme Dienstmädchen, Stefanie!“

Und er zog seine Frau zärtlich ans Herz.

— Die zweite Session der laufenden Legislaturperiode des Landtags ist gestern Mittag im Weißen Saale des königlichen Schlosses nach voraufgegangenen Gottesdiensten im Dom, beziehungsweise in der Hedwigskirche, eröffnet worden. Die Erwartung, daß der Kaiser die Eröffnung in Person vollziehen würde, erfüllte sich, wie bereits angekündigt, nicht. In Folge dessen war das Ceremoniell in herkömmlicher Weise einfach und schlicht. Etwa 200 Mitglieder beider Häuser waren um 12 Uhr im Weißen Saale versammelt. Der schwarze Frack herrschte vor, doch brachten auch einige militärische und reich gestickte Hofuniformen etwas Abwechslung in das sonst einfarbige Bild. Kurz nach 12 Uhr benachrichtigte der Bureau-direktor des Herrenhauses, Geh. Regierungsrath Mezel, die Minister, daß die Versammlung bereit sei. Zu Zweien betraten die Minister, in der kleinen Uniform nach dem jüngst angeordneten Schnitt, den Saal, an der Spitze Herr v. Bötticher mit Herrn v. Maybach, dann folgten Th. v. Lucius, Dr. v. Goßler, Dr. v. Scholz, Graf Herbert Bismarck, Herrfurth und Dr. v. Schelling. Zur Seite des mit einer purpurnen Sammetdecke verhüllten Thronfests nahmen sie Aufstellung. Herr v. Bötticher trat einen Schritt vor, verbeugte sich vor der Versammlung und verlas die bereits telegraphisch gestern mitgeteilte Thronrede.

Wie bekannt, beschäftigen sich die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten mit Vollzugsbestimmungen zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Denn die Ausarbeitung solcher Bestimmungen ist nicht allein dem Bundesrath und Reichs-Versicherungsamt, sondern auch anderen Organen, vor allem den Landeszentralbehörden, übertragen. Nicht den kleinsten Rauminden Erörterungen einiger Regierungen nimmt die Frage der Einziehung der Beiträge ein. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz bestimmt, daß die Beiträge sowohl des Arbeitgebers als auch des Versicherten von demjenigen Arbeitgeber zu entrichten sind, welcher den Versicherten während der Kalenderwoche bzw. zuerst in derselben beschäftigt hat. Die Erhebung dieser Beiträge soll in der Form erfolgen, daß zu dem geschildeten Betrag Marken der betreffenden Versicherungsanstalt gesetzt und in die Quittungskarte des Versicherten gelobt werden. In der Regel soll der Arbeitgeber die Marken aus eigenen Mitteln kaufen und sie bei der Lohnzahlung zu dem entsprechenden Betrage in die Quittungskarte kleben. Dafür ist er berechtigt, bei der Lohnzahlung den von ihm beschäftigten Personen die Hälfte der Beiträge in Abzug zu bringen. Durch die Landeszentralbehörde jedoch, oder mit Genehmigung derselben durch das Statut einer Versicherungsanstalt oder mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde durch statutarische Bestimmung eines weiteren Kommunalverbandes oder einer Gemeinde kann auch abweichend hiervon angeordnet werden, daß die Beiträge für diejenigen Versicherten, welche einer Krankenfamilie angehören, durch deren Organe für Rechnung der Versicherungsanstalt von den Arbeitgebern eingezogen und die den eingezogenen Beiträgen entsprechenden Marken in die Quittungskarten der Versicherten eingeklebt und entwertet werden, sowie daß die Beiträge für die übrigen Versicherten durch Gemeindebehörden oder andere von der Landeszentralbehörde bezeichnete Stellen oder durch örtliche Versicherungs-Anstalt eingerichtete Lebewesen eingezogen werden. Sofern eine solche Bestimmung seitens der Landes-

zentralbehörde oder mit deren Genehmigung getroffen ist, kann auch angeordnet werden, daß die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten durch die mit der Einziehung der Beiträge beauftragten Stellen stattzufinden hat. Es ist diese doppelte Eventualität für die Einziehung der Beiträge gewählt worden, weil, wie auch in den Motiven zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzentwurf bemerkbar war, über die Frage, ob die Mitwirkung der Organe der Krankenversicherung i. s. w. vor der Erhebung der Beiträge durch die Arbeitgeber den Vorzug verdient, ohne genaue Prüfung der örtlichen Verhältnisse ein Urteil sich nicht gewinnen läßt. Diese Prüfung wird nun von den Einzelregierungen vorgenommen, und es dürfen vielleicht in einzelnen Bundesstaaten die Verhältnisse so liegen, daß die Landeszentralbehörden sich für die Übertragung der Erhebung der Beiträge an die im Gesetze als solche anerkannten Krankenkassen bzw. die Gemeindebehörden entschließen.

Zur Wahlbewegung.

d. Die polnische Kreis-Wählerversammlung für die Stadt Posen findet am 26. d. M. statt. Wie der „Kuryer Pozn.“ mitteilt, werden in derselben die nämlichen Kandidaten, wie vor drei Jahren, in Vorschlag gebracht event. aufgestellt werden: der bisherige Reichstagabgeordnete Fabritius Cegelski (in erster Reihe) außerdem Rittergutsbesitzer L. v. Czarlinski und Propst Dr. Fazdzewski. Im Wahlkreise Posen wird bekanntlich wegen des bedeutenden Überwiegens des polnischen Elements im Landkreise bei den Reichstagswahlen stets ein Pole gewählt.

Aus dem Gerichtsaal.

d. **Breivorfall.** Der verantwortliche (Sitz-) Redakteur des „Dziennik Pozn.“, Herr Boleski, wurde gestern wegen Beleidigung der königlichen Regierung zu Oppeln in drei Artikeln des „Dziennik“ über die Schuhfrage zu 30 Tagen Gefängnis event. 300 Mark Geldstrafe verurteilt. (Auswärtigen Blättern ist von hier aus fälschlich telegraphiert worden, daß es sich um eine Beleidigung der Regierung zu Marienwerder gehandelt habe.)

Lokales.

Posen, 16. Januar.

— u. **Der Geheime Ober-Medizinalrath, Professor Dr. von Bardeleben** ist heute aus Berlin hier eingetroffen und hat in Mylius Hotel die Dresdner Wohnung genommen.

— u. **Verhaftung.** Gestern ist ein Arbeiter von hier wegen Diebstahls zur Haft gebracht worden. Er hat auf dem hiesigen Güterbahnhof mehrere Stück Blech entwendet.

d. **Die Anzahl der Polen in Berlin** wird in einer Korrespondenz des „Orendowit“ von dort auf ca. 50 000 angegeben. Unter ihnen befinden sich 12 Aerzte, viele Ingenieure, 3 Rechtsanwälte und einige Richter, mehrere Gymnasiallehrer und einige höher gebildete Kaufleute. In der Korrespondenz wird das Bedauern darüber ausgesprochen, daß von den intelligenten Polen in Berlin fast kein einziger sich mit polnischen Angelegenheiten befaßt und die meisten von ihnen sich mit deutschen Frauen verheirathen, so daß die Nachkommen schon in der ersten Generation germanisiert werden.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet ein betrunkenen Arbeiter auf dem Wilhelmplatz wegen Belästigung des Publikums und ein Mädchen, weil dasselbe in einem Laden in der St. Martinstraße Fleischwaren zu entwenden versuchte. — **Beschlag-**

nahmt ein trichinöses Schwein. — Nach dem Asservations-Not geschafft ein herrenloses Fuhrwerk aus der Kleinen Gerberstraße. — Nach seiner Wohnung geschafft ein frischer Mann, welcher hilflos am Baum des Regierungsgartens gelehnt hatte. — Verloren eine gelbe Hornbrille in einem Futteral auf dem Wege von dem Eichwaldthor nach der Gartenstraße. — Gefunden ein brauner Filzhut und eine goldene Damehringe in einer Konditorei in der Neuenstraße und ein Korallen-Armband auf der Eisbahn bei Fort Waldersee.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 16. Januar. Fast sämtliche Blätter besprechen die preußische Thronrede. Das „Fremdenblatt“ meint, die Thronrede befunde aufs neue Deutschland, besonders Preußen, wolle nicht blos stark friedlich nach außen, sondern auch stark friedlich im Innern bleiben. Die Thronrede werde deshalb die ungetheilte freudige Aufnahme im Preußenvolke finden. Die „Neue freie Presse“ hebt hervor, die Thronrede trage das Geprägeabsichtlicher Geschäftsmäßigkeit. Die Presse erblickt darin ein leuchtendes Beispiel, ihre Kompetenzphären nicht zu überschreiten und bei derartigen Anlässen dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Die „Neue freie Presse“ verweist auf den Passus betreffend die auswärtige Politik. Man habe denselben nicht erwartet, da nach Berliner Brauch die Erwähnung der äußeren Beziehungen dem Reichstage vorbehalten sei; um so dankenswerther sei die Sicherung der Thronrede, welche eine Friedensbotschaft ist, da Friedensbotschaften niemals oft genug vernommen werden. Ähnlich sind die Ausführungen anderer Blätter.

Brüssel, 16. Januar. Der Streit im Kohlenbecken von Lüttich ist vollkommen beendet.

Petersburg, 16. Januar. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Generalgouverneur von Moskau, worin es heißt: Ins neue Jahr tretend, bitte ich Gott, es möge sich auch hinfert die Entwicklung der inneren Kräfte des geliebten Vaterlandes ununterbrochen und ungestört imall den von Allen gewünschten, Alle beglückenden Friedens, vollziehen.

Börse zu Posen.

Posen, 16. Januar. [Amtlicher Börsenbericht.] **Spiritus.** Gefündigt —. L. Kündigungspreis (50er) 49,60, (70er) 30,10. (Voto ohne Faz.) (50er) 49,60, (70er) 30,10.

Posen, 16. Januar. [Börsenbericht.] **Spiritus matt.** (Voto ohne Faz.) (50er) 49,60, (70er) 30,10.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 16. Januar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.) Not. v. 15.

Weizen flauer	pr. April-Mai	200 25	201	—	Spiritus fester	pr. April-Mai	70er loko o. Faz	32 40	32 10
	Juni-Juli	200 50	201	—		Juni-Juli	70er Dez.-Januar	31 70	31 50

Roggen flauer	" April-Mai	175 75	176	—	Roggen flauer	" April-Mai	70er Juni-Juli	32 70	32 60
	Juni-Juli	174	—	174		Juni-Juli	50er loko o. Faz	51 80	51 30

Rüböl fester	pr. Januar	68 80	67 50	—	Rüböl fester	pr. Januar	64 10	63 80	—
	April-Mai	64 10	—	64 10		April-Mai	—	—	—

Fäfer	pr. Januar	—	169 75	—	Fäfer	pr. Januar	—	—	—
			169 75						

Kündigung in Roggen 150 Wsp.	pr. Januar	—	169 75	—	Kündigung in Spiritus (70er) 10,000 Liter, (50er) —,000 Liter.	pr. Januar	—	—	—
			169 75						

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen)	Not. v. 15.	do.	70er loko	32 40	32 10
		do.	70er Januar	31 70	31 40

do.	70er Januar-Febr.	31 70	31 40	
	do.	70er April-Mai	32 70	32 60

do.	70er Aug.-Septbr.	34 30	34 20
	50er loko	50 80	51 20

Not. v. 15.	Not. v. 15.	do.	50 80	51 20
-------------	-------------	-----	-------	-------

Konsolidirte	43 Aul. 106 60	106 70	Bohn. 58 Pfandbr.	66 75	67 10
	31 8	103 20	30 Bohn. Liquid.-Pfdbr.	61 90	61 90

Pos. 43 Pfandbriefe	100 90	101 10	Ungar. 40 Goldrente	88 —	88 10
	99 90	99 90	Ungar. 50 Papier.	86 —	86 30

Poz. Rentenbriefe	104 10	103 80	Deitr. Kred.-Akt.	180 60	180 90
	173 40	173 50	Deitr. Fr. Staatsb.	101 60	101 25

Deitr. Silberrente	76 60	76 50	Combarden	60 60	60 50
	76 50	76 50	Combarden	60 60	60 50

Russ. Banknoten	225 90	226 50	Geldstimmung	—	—
	99 80	99 75	Geldstimmung	—	—

Russ 418 Bdkr Pfdbr.	99 80	99 75	schwach	—	—
----------------------	-------	-------	---------	---	---

Not. v. 15.	Not. v. 15.	do.	schwach
-------------	-------------	-----	---------

Ostpr. Südb. G. A.	88 25	89 25	Schwarzkopf	262 90	263 50
	31 8	103 20	Schwarzkopf	262 90	263 50

Mainz-Ludwigs. dt.	123 10 <th>123 10</th> <th>St. Louis</th> <td>176 25</td> <td>175 75</td>	123 10	St. Louis	176 25	175 75
--------------------	---	--------	-----------	--------	--------

Marienb. Main. dt.	59 75	59 75	Dortm. St. Pr. La. A.	133 —	133 —
--------------------	-------	-------	-----------------------	-------	-------

Italienische Rente	94 30	94 50	Ungar. Steinjatz	60 90	61 90
--------------------	-------	-------	------------------	-------	-------

Russ 43 konj. Aul. 1880	94 25	94 25	Ultimo:	—	—
-------------------------	-------	-------	---------	---	---

do. ziv. Orient. Aul.	70 90	71 30	Dix-Bodenb. Eisb. A.	212 25	212 —
-----------------------	-------	-------	----------------------	--------	-------

do. Prüm. Aul. 1866/160	100 90	100 90	Eisb. Aul. 1866/160	100 40	99 10
-------------------------	--------	--------	---------------------	--------	-------

Rumm. 63 Aul. 1880	104 40	104 25	Galizier	81 10	81 25
--------------------	--------	--------	----------	-------	-------

Türk. 1 ^o konj. Aul.	17 90	17 90	Schweizer Ctr.	147 60	147 50
---------------------------------	-------	-------	----------------	--------	--------

Pol. Provinz. B. A.	—	—	Berl. Handels-Gesell.	204 50	206 50
---------------------	---	---	-----------------------	--------	--------

Landwirtschaftl. B. A.	—	—	Deutsche B. A. Akt.	180 75	181 25
------------------------	---	---	---------------------	--------	--------

Pos. Spritfabr. B. A.	95 —	95 —	Disconto-Kommandit	25 25	25 60
-----------------------	------	------	--------------------	-------	-------

Cruison Werke	178 50	172 75	Pos. Bankf. ausw. H.	76 50	76 75
---------------	--------	--------	----------------------	-------	-------

Nachbörsen	101 60	101 60	Kredit	180 75	180 75
------------	--------	--------	--------	--------	--------